

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Einzelheftpreis kostet 10 Pf. vierseitig 40 Pf. ; nach die Es 10 Pf. ein mit 10 Pf. vierseitig 8 Pf. — Veranlagungszettel zu pro Seite 75 Pf. — Den- und Gewichtszettel werden nicht angewendet.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Henkann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wittenauer Str. 38—42. Telefon-Nr. 83, 98 u. 234. Telegr.-Nr.: Alverdienst Bochum.

### Bergbauverein und Sozialisierung.

Der Bergbauverein Essen (Verein für bergbauliche Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund) hat alle Gründe gegen die Soz. Litterung des Kohlenbergbaus, die uns seit Monaten in Entschlüssen der von der Schwerindustrie beeinflussten Körperschaften, Handelskammern, Deutscher Bergbauverein, Verband oberer Bergbeamter, Vereinigung der Gelben, der verschiedenen Industrien usw., sowie in der Werks- und sonstigen Presse begegnet sind, in einer Broschüre zusammengefaßt, die so drückend umfängt und nur beweist, daß die Werksbeamten den Dingen nach wie vor verständnislos gegenüberstehen. Die Broschüre wendet sich sowohl gegen Vorschlag I wie auch gegen Vorschlag II der Sozialisierungskommission und gelangt zu dem Ergebnis, daß die Notwendigkeit der Umbildung unserer Kohlentirtschaft von durchweg unzutreffenden Voraussetzungen abgeleitet werde. Zusammenfassend heißt es auf Seite 38:

"Von einer Monopolstellung der von den einzelnen Syndikaten vertretenen Kohle auf dem deutschen Markt kann nicht die Rede sein, ebensoviel liegt das von der Kommission angenommene Herrschaftsverhältnis des Kohlenbergbaus vor, noch besteht eine auf diese Annahme gründende Rentabilität. Vollkommen obwiegend erwies sich schließlich die Annahme von der Seite des Stein Kohlenbergbaus für die Sozialisierung auf Grund seiner technischen Entwicklung".

Die Broschüre geht dann auf die Vorschläge der Sozialisierungskommission ein und versteht sich daran anschließend zu der Behauptung, Sozialisierung bedeutet Centralisierung, Schematisierung, Bürokratisierung. Es könnte weder eine Steigerung der Kohlenförderung noch eine Verbesserung der Kohlen eintreten, ebensoviel sei eine Besserstellung der Arbeiter möglich. Auch bei einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter würde für diese nicht viel herauskommen. Die Broschüre kommt zu dem Schluss:

"Wir glauben nachgewiesen zu haben, daß die Vorschläge der Sozialisierungskommission weder der Allgemeinheit noch den Arbeitern etwas nützen. Wir halten bei ihrer Durchführung die Schädigung der Allgemeinheit und damit auch der Arbeiter für unbedingt sicher. Wir glauben ferner durch unsere Ausführungen gezeigt zu haben, daß dieses Ergebnis der Arbeiters der Kommission zugeschrieben ist auf eine vollkommen falsche Problemstellung: sie hat eine wirtschaftliche Frage aus politischen Gesichtspunkten behandelt und ist deshalb den wirtschaftlichen Zusammenhängen nicht sachlich gegenübergetreten. Wirtschaftliche Fragen müssen wirtschaftlich betrachtet werden; tut man dies, so ist im vorliegenden Fall einfach zu fragen, mit welchen Mitteln man die Förderung des Kohlenbergbaus steigern und damit seine Selbstlosen durchdringen kann. Eine zielstrebige Arbeit muß deshalb nach Wegen suchen, die produktivitätssteigernde Wirkung, in unserem Falle des Kohlenbergbaus, zur höchsten Leistungsfähigkeit zu steigern. Als diese produktiven Kräfte seien wir das Unternehmertum an, das, gestützt auf Jahrzehnte langlege Erfolge, seine Leistungsfähigkeit nicht mehr zu beweisen braucht und daneben eine arbeitsfreudige Belegschaft und Beamtenchaft, ohne deren von Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge getragene Mitarbeit an eine gesunde Entwicklung nicht zu denken ist. Alle Wege, die zu diesem Ziele führen, wird der Bergbau gehen".

Ohne uns auf die Vorschläge der Sozialisierungskommission im einzelnen festzulegen, müssen wir doch sagen, daß der bejahte Nachweis in keiner Weise erbracht ist. Es ist richtig, daß wirtschaftliche Fragen wirtschaftlich betrachtet werden müssen; das ist auch von der Sozialisierungskommission geschehen. Offenbar überzeugt der Bergbauverein aber völlig, daß sich Politik und Wirtschaft gar nicht trennen lassen. Die Politik muss aber Organ der Wirtschaft sein. Wenn die Wirtschaft zum Organ der Politik gemacht wird, wie es früher bei den Werkbeamten üblich war, so muß das verhängnisvolle Folgen haben. An diesen Folgen leiden wir jetzt; denn konnte sich auch die Sozialisierungskommission nicht entziehen. Die Aussäße gegen die Sozialisierungskommission sind darum unbegründet und ungerecht und fallen auf die Angreifer zurück.

Es wird auch völlig übersiehen, daß es neben den Werkbeamten Arbeiter und Beamte gibt, die als Menschen leben und ihrer Arbeit froh werden wollen. Gegen die Arbeiter und Beamten geht es nicht. Dies geht vielmehr vom Menschen aus folglich muß auch alles auf den Menschen eingestellt werden. Im Mittelpunkt des Produktionsprozesses muss der Mensch stehen als Selbstwert und nicht als Mittel zum Zwecke der Profitmacherei, wie es bisher der Fall war. Darauf kranken wir. Hier liegt der Kern des ganzen Problems unserer Wirtschaft. Der Mensch darf nicht länger Betriebsmittel oder Werkzeug sein und lediglich so behandelt werden. Selbst die "Deutsche Bergwerks-Zeitung" vom 31. Oktober kommt zu der Erkenntnis, daß bloße Verstaatlichung nicht Sozialisierung sein könne und schlußfolgert:

"Sozialisieren ist also etwas anderes als verstaatlichen. Sozialisten muß sich also auf etwas anderes erstreden als auf die Frage, wer der Besitzer der Gruben ist. Sozialisieren heißt also nicht den Besitzer wechseln, sondern das Verhältnis der Menschen, die an der Arbeit der Grube beteiligt sind, zur Grube anders ordnen. Richtig reagiert heißt Sozialisten; der Mensch, der an dieser Arbeit teilnimmt, nicht als Soziale, nicht als Werkzeug, sondern als soziale Kraft behandeln muß zum Werk solche Bedeutung zeigen, daß er sich nicht nur äußerlich (Gehalt), sondern vor allen Dingen innerlich bestrebt fühlt und bestrebt erklärt."

Endlich kommt selbst die "Bergwerks-Ztg." dem Vorschlag I und Vorschlag II dagegen und erläutert die Sozialisierung des Bergbaus haben wie eindringlich darauf hingewiesen, daß alles vom Menschen ausgehen und folglich auch alles auf den Menschen

eingestellt werden müsse. Es handele sich folglich um eine soziale und psychologische Frage. Wie gliedern wir den Menschen in den Produktionsprozeß ein, daß er seiner Arbeit froh werde und seine Schöpferkraft ausleben kann? Mit dieser Frage lösen sich alle anderen Fragen von selbst. Diese Frage wurde aber in der Broschüre des Bergbauvereins nicht einmal berührt, geschweige denn erörtert. Wir freuen uns darum, daß wenigstens der "Bergwerks-Ztg." diese Erkenntnis gekommen ist. Wenn die Werksbeamten mitarbeiten wollen, müssen sie sich ebenfalls schon zu dieser Erkenntnis durchringen. Sonst geht es nicht.

Damit können wir den Bergbauverein und seine "Gründe" verlassen, wenn in der Broschüre nicht gar zu dick aufgetragen worden wäre. Das bestätigte Herrschaftsverhältnis und die Monopolstellung des Kohlenbergbaus innerhalb unserer Wirtschaft besitzen und ergeben sich klar aus der wachsenden Vertrübung. Im Jahre 1912 belaufen s. B. die nachverannten 18 Unternehmungen Schächte und zählten Belegschaft:

Stinnes-Konzern . . . . .	69 Schächte	39 826 Belegschaft
Haniel-Konzern . . . . .	43	42 061
Waldhausen-Konzern . . . . .	68	50 338
Fulda-Konzern . . . . .	49	26 221
Ehmann-Konzern . . . . .	10	15 409
Hibernia B. A. G. . . . .	30	19 393
Rhönig A. G. . . . .	21	19 021
Hörpener Berg. A. G. . . . .	46	20 192
Gelsenkirchener B. A. G. . . . .	59	26 838
Krupp A. G. . . . .	18	12 507
Breithüller Gustus . . . . .	25	15 768
Constantin der Große . . . . .	22	8 819
Bochumer Verein . . . . .	10	4 920

Summa: 491 Schächte 821 963 Belegschaft

Diese 18 Unternehmungen besaßen danach 491 Schächte und zählten 821 963 Mann Belegschaft. Die übrigen 38 Unternehmungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besaßen 116 Schächte und zählten 61 682 Mann Belegschaft. Nach unserer Zusammensetzung betrug im Jahre 1912 die

Gesamtzahl der Unternehmungen . . . . .	51
Gesamtzahl der betriebenen Werke . . . . .	168
Gesamtzahl der Schächte . . . . .	577
Gesamtzahl der Belegschaft . . . . .	825 120

Dreizehn Unternehmungen besaßen davon 491 Schächte und zählten eine Belegschaft von 321 963 Mann, gleich 39,0 Prozent der Schächte und 39,8 Prozent der Belegschaft; die übrigen 38 Unternehmungen besaßen nur 116 Schächte und zählten 61 682 Mann Belegschaft, gleich 20 Prozent der Schächte und 16,4 Prozent der Belegschaft.

Deutsch-Luxemburg B. u. G. A. G. und Gelsenkirchener B. A. G. bilden jetzt eine Interessengemeinschaft; dazu kommt neuerdings noch der Bochumer Verein, den sich Stinnes einverlebt hat. Damit kommandiert Stinnes nach dem Stande von 1912 über 132 Schächte mit 81 144 Mann Belegschaft. Dazu kommt jetzt noch die Firma Friedrich der Große, die zwischendurch vom Bochumer Verein erworben wurde, mit 4 Schächten und 4367 Mann Belegschaft im Jahre 1912. Damit gebietet Stinnes nach dem Stande von 1912 über 136 Schächte mit 85 511 Mann Belegschaft. Nach dem jetzigen Stande bietet Stinnes über eine Belegschaft von sicher 120 000 Mann. Dazu kommen noch die ganzen Hütten- und sonstigen Betriebe. Es liegt mirhin noch nach den vorstehenden Angaben ein sicher erdrückendes Herrschaftsverhältnis und eine gemeinschaftliche Monopolstellung des Kohlenbergbaus vor. Der Kohlenbergbau ist mit hin in jeder Beziehung zur Sozialisierung reif. Daran ist nicht zu rütteln.

Hält die Rentabilität des Kohlenbergbaus besagen die in der Broschüre angeführten Zahlen über Ausbeuten und Dividenden garnichts. Diese Zahlen lassen sich nur richtig beurteilen und bewerten im Zusammenhange mit dem Betriebe und den Betriebsvorgängen. Abtriebsrungen, Rückstellungen, Vermögenszuwachs usw. werden überhaupt nicht erwähnt. Ebensowenig wissen wir die Lieferungs- und Bezugsbedingungen sowie die Zusammenhänge zwischen den Gruben, Hütten und sonstigen Betrieben kennen. Mit den in der Broschüre angeführten Zahlen ist also beim besten Willen nichts anzusagen. Es sind Spiegelbilder, mit denen man die Offensichtlichkeit verdecken sollte.

Aber alles das ist für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, daß die individualistische Wirtschaftsauffassung unsfähig ist, die sozialen und psychologischen Fragen zu lösen, von denen alles abhängt. Die Verfechter der individualistischen Wirtschaftsauffassung haben dafür nicht einmal Verständnis, daß haben wir in Jahrzehnten erfahren müssen und dafür ist die Broschüre des Bergbauvereins ein erneuter Beweis. So kann es nicht weiter gehen.

Wenn wir aufzubauen und mehr und billigere Kohlen haben wollen, dann müssen neben den erwerbs- und erfolgsorientierten Betrieben auch ideale Triebkräfte zur Entfaltung gebracht werden. Das ist nur im Rahmen der Gemeintvirtschaft möglich.

Es steht mit rechts noch mit links verberden wollen, trotz und Konzessionen zu machen. Diese Unschlüssigen glauben, der Vorschlag I sei das Mittel, sei der Mittelweg, der die Extreme der beiden Seiten vermeidet. Es ist dies das alte Leid, im entscheidenden Maß aus Furcht vor der eigenen Courage, nicht das für richtig gehaltene zu tun, sondern den bequemen Mittelweg zu gehen. Dieses Mal ist es aber verteilt.

Bei den Auslandserhebungen, die sich zwischen links und rechts entspannen, versucht auch die Mitte, ihren Standpunkt zu begründen und derselbe dabei in den Hintergrund. Vorschlag I mit Gründen zu bekämpfen, die gegen die Sozialisierung überhaupt, nicht aber für Vorschlag II sprechen. Es sind dies die gleichen Einwände die von den Unternehmern im Bergbau leisten, wie ihre Erklärung vom 29. September dieses Jahres zeigt, die Sozialisierung unabdinglich ist. In der steigewirtschaftlichen Arbeitnehmerkraft wird ebenso unterschieden die Vorschlag I und Vorschlag II gebrauchten Einwendungen lassen sich in folge nicht unterscheiden;

1. Die Unterschiede der Unternehmensinitiativ.

2. die noch nicht genügende Rolle der Arbeitnehmer.

3. der Staatsbureauauktismus, der jeder Sozialisierung schaden muß.
4. ein Mitleben der Leistungen, eine Steigerung der Selbstlosen, neue Wohnförderungen der Unternehmensinitiativ und dadurch gestiegene Preise.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

Es ist nicht der Inhalt dieses Artikels, diese vier Punkte eingehend zu würdigen, sondern es soll gezeigt werden, warum Vorschlag II für alle jene, die für eine Sozialisierung eintraten, nicht in Betracht kommen kann. Im Grunde genommen bedeuten beide Vorschläge die Sozialisierung. Wenn man sich darüber klar ist, daß wirtschaftliche Umänderungen normalerweise niemals innerhalb einer kurzen Periode vor sich gehen, wie z. B. eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung nicht von heute auf morgen kommandiert werden kann, sondern daß wirtschaftliche Umänderungen Fragen der Entwicklung sind, kommt manchmal gefährlich aus den Gedanken, die längere Zeit erfordernde Überführung des Bergwerksbetriebs um in den Zeitraum der Allgemeinheit. Diese Überführung des Bergwerksbetriebs ist jedoch in die Zeit der Entwicklung des Bergwerksbetriebs einzufügen.

</

8. die Vergütung für das in den Betrieben arbeitende verantwortliche Kapital,  
9. eine Tilgungsquote für den Fall der Enteignung der Werke und  
diejenigen Vergütungen oder Preiserhöhungen gewinnwirtschafts-  
licher und gemeinschaftlicher Art, die der R. d. R. unter Genehmigung  
des Reichswirtschaftsrates festsetzt.

Schon diese Abrechnung mit den Unternehmern bedingt außerordentlich Schwierigkeiten, denn alle diese Vergütungen wird der Reichsstahlrat dazu, das Direktorium niedrig halten wollen, während die Unternehmer ein Interesse daran haben, recht viel zu erhalten. Es wird daher ein standiger Streit entstehen. Außerdem sind aber die Unterlagen für einzelne dieser Vergütungen außerordentlich schwierig zu präsentieren. Es sei nur auf die Prämienvergütung für Wertsicherung und Erzeugungsverbilligung hingewiesen, die doch im Bergbau mit so sehr von Unternehmern als von dem Staat und den Lagerungsverhältnissen abhängt.

Die Unternehmer werden auch das größte Interesse daran haben, die Sozialisierung an und für sich zu sabotieren. Sie werden deshalb versuchen, Ersparnis im Kohlenbergbau zu hinterziehen und ihn in der Öffentlichkeit in Mitleidenschaft zu bringen. Sie werden versuchen, im Vertriebe der Welle fünf gerade sein zu lassen, um die Erzeugung zu erhöhen. Die schlechten Erfolge werden sie dann der neuen Wirtschaft, der Sozialisierung, in die Schuhe schieben. Achtlich hat man es ja bisher mit den Kriegsgesellschaften gehalten, die man als sozialistische Betriebe bezeichnet und die man immer als vornehmes Beispiel gegen die Sozialisierung hinstellt hat. Die gesamte Sozialisierung wird gefährdet, wenn man den Unternehmern noch solange im Betriebe Einfluss gewährt, bis die in Vorschlag II vorgesehene Ablösung erfolgt ist. Hinzu kommt noch, daß sich weitere Schwierigkeiten daraus ergeben müssen, in welcher Weise die Erweiterung der Bergwerksanlagen, bezw. wie sich der Weiterbetrieb der Werke, die Erziehung bestehender Anlagen gestalten soll. Es geht wirklich nicht, zwei verschiedene Richtungen, und zwar Unternehmerschaft und Reichsstahlrat, unter einen Hut zu bringen. Vorschlag I bringt für den Bergbau einen für alle gültigen Vorschlag, Vorschlag II will zwei entgegengesetzte Meinungen zum Zusammenhang bringen. Das ist schon gegenüber dem bisherigen Zustand ein großer Nachteil, vielleicht mehr, als gegenüber Vorschlag I. Denn dieser bedeutet eine Verfeindung des bisherigen Zustandes. Er bringt eine weitgehende Mitbestimmung der Arbeiterschaft und bringt die im Bergbau vorwiegend heile Arbeitsfreude und Arbeitswilligkeit. Vorschlag II schafft dagegen in die Leitung einen neuen Führer ein, der dem bestehenden Willen des Unternehmertums entgegenarbeitet. Überlegt man sich diesen Unterschied, muß jeder klar erkennen, zu der Überzeugung kommen, daß Vorschlag II gegenüber Vorschlag I so sehr im Nachteil ist, daß seine Einführung eine Verfeindung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten würde. Deshalb sollte Vorschlag I von allen klar Denkenden dem Vorschlag II vorgezogen werden.

## Bergwirtschaftliche Rundschau.

### Sozialisierung als Nekrometris.

In der heutigen Zeit, wo um die Durchführung der sozialistischen Wirtschaft die heftigsten Kämpfe geführt werden, liegt wohl nichts näher, als daß sindige Köpfe die Ideen der großen Masse für ihre Unternehmungen benutzen, um Kapital daraus zu schlagen. Vorfördernd zugleich für ein gutes Geschäft sind augenscheinlich die Unternehmungen, die den Anschein erwecken, als dienen sie in der Hauptfahrt der "Wohlfahrt des Volkes" oder seien sogar "sozialistische" Betriebe. Jeder nur etwas beklagende Arbeit wird aber, daß die Sozialisierung eines einzelnen Unternehmens ein Unrat ist. Rumm man desto, die Unternehmungen etwas genauer unter die Lupe, so entpuppen sie sich als mehr oder weniger gut laufende Geschäfte, die durch das Umhören des sozialen oder gar sozialistischen Menschen nur ein gutes Geschäft machen wollen.

Vor uns liegt ein Fazit der "Fabrikationsgesellschaft für Volls-  
kleidung m. b. H., Breslau", das folz h. g. a. n. Arbeit, Angestellte und Beamte! Unsere eure Arbeit und eure Industrie! Verlangt beim Einkauf von Bekleidungsstücken nur die Erzeugnisse endelender sozialisierter Unternehmungen, welche die Sozialisierung der Bekleidungs-  
branche in Angriff genommen haben usw.

Was berechtigt nun diese Firma zu diesen stolzen Worten und worin liegt die große Tat der Sozialisierung? Die Firma erläutert ihre Ausgabe darin, daß sie 1. Herren-, Buchdruck- und Knabentextilie für die minderbemittelte Bevölkerung in guter Qualität zu annehmbaren Preisen herstellt; 2. es jedem ihrer Arbeiter und Angestellten möglich macht, sich direkt oder durch ein von ihr neu geschaffenes Gesellschafts-Sparkonto an dem Unternehmen durch Erwerb der Anteilscheine beteiligen zu können, um dadurch prozentual am Reingewinn interessiert zu werden.

Weiter schreibt sie folz: "Dieses bildet die Grundlage der Sozialisierung." Wunderbar einfach, nicht wahr? Die Kämpfe, die die Menschen mit Leidenschaft und Erbitterung um Ziele und Wege zum Sozialismus führen, erfordern ungeheure Opfer an Blut und Leben — und hier ist das Ei des Kolumbus gefunden. Jeder Arbeiter und Angestellte kann ein Geschäftszettel sich aufstellen, um zeitgemäß prozentual teilnehmen und die Sozialisierung in da. Gedenken sich diese Herren die Sozialisierung. Es darf Worte, so viel Wunsin. Prozentuale Reingewinne der Gesellschafter sind noch lange keine Sozialisierung. Aber das ist wohl den Gesellschaftern auch untersagt. Die Hauptfahrt ist und bleibt die Reklame mit dem zum Schlagwort gewordenen Worte "Sozialisierung". Das wirkt auf die Massen und bringt die Worte an den Mann. Achtlich die, die hier verschaffen auch andere auf demselben Gebiet arbeitende verantwortliche Geschäftsmänner durch Firmenbezeichnung usw. den Anschein zu erwecken, als ob es sich um soziale oder volkswirtschaftliche Betriebe handelt. So die Österreichische Bekleidungs-Gesellschaft "Vollwohl", S. m. b. H., Breslau und die Volls-  
bekleidungs-Gesellschaft, Berlin. Beide Firmen, die, wie aus ihrer Benennung hervorgeht, in der Hauptfahrt in der Bekleidungsbranche arbeiten, sind verträger ihrer guten Beziehungen, die sie zu den Kleidungsstücken hatten, in der Lage gewesen, gleich zu Anfang groß in das Geschäft zu kommen. Die Gründer und Inhaber der "Vollwohl", Breslau (ehemalige Soldatenräte dort selbst) hatten es verstanden, ihren Einfluß auf die Verteilung der in Schlesien lagernden Reichs- und Heeresresten zu benutzen, um sich große Posten dieser Waren zu sichern. Selbstverständlich waren sie dadurch in die Lage versetzt, jede Konkurrenz besiegen, die nicht in so reichlichem Maße und mit so billigen Waren verschaffen waren, aus dem Felde zu schlagen.

Die Inhaber der Berliner Firma hatten zum Zeit früher leitende Stellungen in der Reichsbekleidungsbranche, der Reichs- und z. m. zum Teil sind es sozialistische Industrielle. Zum soviel wie es dazu dient, als zugleichige Reklame zu nutzen. Und Erfolg hat die Firma, das bezeichnen die Reklameprojekte, nach deren selbst großen Gewerkschaften deren Unternehmungen ihre Unterstützung zur Unterstützung der Waren liefern. Ob das immer zu ist, wissen wir nicht weiter anzurufen, sie steht aber, daß die zweite dieser Firmen mit dem Namen einer großen genossenschaftlichen Organisation nach Rumänien trieb und sich als Lieferant bezeichnete, als die nur für kurze Zeit bestehende Geschäftsbewilligung schon längst wieder aufgehoben war. Es bedurfte in diesem Fall erst mehrfacher, sehr ernstlicher Vorstellungen, bis die Firma sich dazu begann, diese unwahren Angaben in ihrem Angebot zu unterschreiben.

Das war wohl die Hauptfrage. Das so geschicklich herbeigehobene und in marktreicher Weise besetzte "Vollwohl" kommt erst wohl in zweiter oder dritter Linie, höchstens, soviel wie es dazu dient, als zugleichige Reklame zu nutzen. Und Erfolg hat die Firma, das bezeichnen die Reklameprojekte, nach deren selbst großen Gewerkschaften deren Unternehmungen ihre Unterstützung zur Unterstützung der Waren liefern. Ob das immer zu ist, wissen wir nicht weiter anzurufen, sie steht aber, daß die zweite dieser Firmen mit dem Namen einer großen genossenschaftlichen Organisation nach Rumänien trieb und sich als Lieferant bezeichnete, als die nur für kurze Zeit bestehende Geschäftsbewilligung schon längst wieder aufgehoben war. Es bedurfte in diesem Fall erst mehrfacher, sehr ernstlicher Vorstellungen, bis die Firma sich dazu begann, diese unwahren Angaben in ihrem Angebot zu unterschreiben.

Die über die genannten Firmen eingeholten Erklärungen, welche von sehr zuverlässiger Seite gegeben wurden, besagen gleichlautend, daß alle drei Firmen genau wie jedes andere auf Kapitalgewinn ausgebaute Unternehmungen zu betrachten sind und nichts gemein haben mit gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher oder sozialistischer Betriebsform.

Den mit diesen Firmen in Geschäftsbewilligung tregenden Genossenschaften, Gewerkschaften und ähnlichen Korporationen können wir deshalb nur raten, sich von den örtlichen Parteien wie "Wohlfahrt des Volkes", "Sozialdemokratische Grundlage", "sozialistischer Betrieb" nicht bilden zu lassen, sondern bei Auftragserteilung auch die sonst im Geschäftsbewilligung übliche Voricht warten zu lassen.

### Norddeutscher Landesverein.

Der berühmte Senator Oldenburg in Hannover war eine der führenden Stimmen des alten Systems und galt als großer Patriot. Aber auch bei ihm, wie bei vielen seiner Standesgenossen, endete der Patriotismus beim Selbst. Zeugnis dafür gibt ein Brief dieses Mannes an einen unbekannten Freund, aus dem meine bejahrte Zeitungsschrift, der "Jugend", abgedruckt.

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzuziehen, dankte ich Gott, die Sakrareien mit den Eltern und der Bürgerverwaltung los zu sein. Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich befreie 500 Hörigen überhaupt nicht, und so machen es viele, weil die Unstetigkeit der Gewalt und der Verhinderung zu groß ist. Die Sache mit den Starosseinen ist jetzt eingemessen und den Schweinen wird die Hälfte in den Pferden noch verfaulen. Die Erbitterung auf dem Lande ist sehr groß und wird sich noch dem Urteil entziehen. Dazu kommt, daß das Vertrauen zu der obersten Regierung in allen Kreisen immer mehr sinkt. Dazu das Vertrauen zur obersten Bürgerverwaltung langsam sinkt, weiß Du. Nun aber Schwamm drüber . . ."

Der Brief datiert vom 12. April 1915, also aus der Zeit der ersten Feldbefreiung nach dem Friedensdurchbruch und nach Verlängerung der Blockade. Und da geschieht der Freiheit v. Oldenburg einem hohen Staatsbeamten natürlich, daß er aus Angst über die "wechselseitigen Verordnungen" den scheinbaren Ausfließungsplan untersagt, indem er ein großes Stück Land und dort liegen läßt! Solche Geänderte könnten die Herrschaften damals ihrenbeamten Nachbarn machen, ohne befürchten zu müssen, daß deswegen gegen sie vorgegangen würde.

### Steuermarken des Besitzes.

Einen recht interessanten Beitrag, wie aufsichtsrechtlich die bestehende Klasse dem Staat durch Steuern helfen will, zeigt eine Zusammensetzung, die das Sozialdemokratische Parteiblatt "Das freie Volk" in Sachsen am 4. Oktober veröffentlicht. Danach liegen Steuerabgaben:

	92 M.
1. Engler, Kriegsbeamte, Bote	70
2. Philipp, Postbezirker, 4 Pferde, 15 Kühe	118
3. Philipp, Arbeiter	70
4. Bruck, Landwirt, 6 Pferde, 18 Kühe	16
5. Stephan, Pächter, 4 Pferde, 12 Kühe	21
6. Dau, Hofbesitzer, 3 Pferde, 6 Kühe	26
7. Werner, Hofbesitzer, 3 Pferde, 9 Kühe	26
8. Gatz, Kutscher	146
9. Müller, Fuhrhalter, 14 Pferde	21
10. Herzog, Gauwirt, 1 Pferd, 1 Kühe	12
11. Bildner, Hofbesitzer, 2 Pferde, 6 Kühe	21
12. Pötschner, Hofbesitzer, 2 Pferde, 7 Kühe	92
13. Flisselwitz, Arbeiter	60
14. Koske, Fabrikbesitzer	60
15. A. Pötschen, Fabrikbesitzer	60
16. B. Pötschen, Fabrikbesitzer	60

Das Blatt legt aus seiner Sammelmappe noch einige Beispiele hinzu: Der Rittergutsbesitzer Kurt Meyer aus Unterbischau besitzt u. a. ein Gut, welches etwa 200 Morgen groß ist. Im lebendem Inventar hat er 25 Arbeits- und 30 pferde, 15 bis 20 Fahrzeuge, etwa 70 Milchkühe, 50 Südlingskühe und 65 Schafe. Von etwa 414,5 Morgen müssen er an die Gemeinde Oberbischau Steuern zahlen, und zwar eine Steuermittneuer von 21 — einunddreißig q — Pfund jährlich.

Ein Arbeiter in Oberbischau, welcher 19 Jahre alt ist und pro Monat etwa 70 M. Lohn nach freier Station erhält, ist zu einem Gewerkschaftsvertrag von 24 M. verpflichtet. Ein anderer Arbeiter bezahlt den Gewerkschaftsvertrag von 26 M.

Ein kleiner Landwirt in Oberbischau besitzt etwa 16 Hektar Land, ist kriegsbedingt, seine Ehefrau ist arbeitsunfähig (ärztliche Aussichtslosigkeit zur Versorgung), hat sieben Kinder unter 14 Jahren und ist zu einem Einlebensmeisterjahr von 41 — vierundvierzig q — Pfund verpflichtet.

Die Gegenübersetzung der Zahlen spricht Bände. Die Zahlen beweisen uns drastisch, daß die "niederrangigen Landwirte" es verstehen, sich von Steuern zu drücken. Gewöhnlich geben sie als ihr "Einkommen" an, was ihnen nach Deduktion aller Unterhaltungskosten für sich und ihre Familie als Überschuss, als Ersparnis noch bleibt. Wenn die Arbeiterschaft einig wäre, würde sie diese "Steuerpolitik" viel schneller, als jetzt möglich ist, durchsetzen werden.

**Nachrichten aus der Montanindustrie.**  
**Sitzung des Reichsstahlenverbundes und des Großen Ausschusses des Reichsstahlenrates.**  
In der gemeinsamen Sitzung des Reichsstahlenverbundes am 20. Oktober stand im Mittelpunkt der Verhandlungen der Preissteigerungsantrag des Oberbaurats der Bergbau- und Kohlenindustrie, der entsprechend dem in Art. 44 der "Vergab.-B. g." mitgeteilten Schiedspruch in die Bergbau- und Kohlenindustrie lautet auf Lohnsteigerung 5,40 M., plus 1,5 für 100 prozentigen Lohnausfall auf Lohnsteigerung 0,80 M., plus 1,5 für 6,20 M. je Schicht bei einem Absatzpreis von etwa 0,5 T. gleich 12,40 M. je Tonne Pfund, plus 1,5 für Brutteneinschließung 0,62 M., zu 13,02 M., plus Preisausfall für Oktobe, da Rohreinhaltung ab 1. 11. verzögert auf 6 Monate von 13,02 gleich 2,17 M. zu 13,19 M. je Tonne, abg. runden 15,00 M. je Tonne ohne Steuer.

Die Vertreter des Syndikats trugen vor, daß der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau, abgesehen von einigen kleineren Betrieben, seit 1. Juni 1920 bereits 3 M. je August 7,50 M. Lohnsteigerung je Schicht, also 15 M. je Tonne ohne Preissteigerung habe aufzunehmen müssen und daher nicht imstande sei, die ihm nunmehr durch den Schiedspruch weiterhin ersterlegte Lohnsteigerung auf sich zu nehmen. Der Vertreter des Reichsstahlenrates stieß darum an den Vertretern des Reichsstahlenverbundes gegenüber, daß trotz all dieser Momente eine Preissteigerung abgeschafft werden müsse. Neben einigen entlastenden bezügl. die Selbstosten sendenden Faktoren seien für die Ablehnung entscheidend allgemein wirtschaftliche Gründe. Dagegen müsse das statinett die Lohnsteigerung gemäß dem Schiedspruch verlangen.

In der anschließenden Aussprache gewann insbesondere auf Grund der Darlegungen des Vorstandes des Reichsstahlenverbundes, die von den Herren Regierungsräten nicht widerlegt und auch nicht bestritten wurde, mehr und mehr die Überzeugung an Boden, daß der rheinisch-westfälische Bergbau nicht in der Lage sei, die neue Lohnsteigerung ohne Preissteigerung zu tragen. Wenn auch vielleicht und wahrscheinlich die Wirkungen einer Ablehnung der Preissteigerung sich nicht unmittelbar in verminderter Produktion und in Vertriebsabsetzungen der Gruben zeigen würden, so wäre doch die Folge, daß den Gruben entsprechend die Wagnislosigkeit genommen bzw. verringernt würde, die nötigen Auswände für ihre Betriebe zu machen, was sich später durch vermindernde Erzeugung bejaht. Hemmung der Förderleistung rächtet sich. Trotz der schweren, einer Kohlenpreiserhöhung entgegenseitig den allgemein wirtschaftlichen Bedenken und trotz des Kabinettsbeschlusses haben daher die Reichsstahlenverbund und auch der Große Ausschuß des Reichsstahlenrates, letzterer mit 16 gegen 2 Stimmen, beschlossen, die Staatsaufsichtsverwaltung des Rhein.-Westf. Kohlenverbundes um 15 M. je Tonne, ohne Steuer, ab 1. November zu erhöhen. Der Besluß wurde von dem Vertreter des Reichsstahlenrates mit einer entsprechenden Befürchtung beanstandet. Die nummerale Zustimmung des Kabinetts bleibt abzuwarten.

Entsprechend verlief die Verhandlung über einen Antrag des Niedersächsischen Syndikats und einen Antrag des Bayerischen Syndikats auf Erhöhung der Fachhöhlenpreise um 8,20 M. je Tonne.

Es ist richtig, daß der Bergbau ab 1. Juni 3 M. ab 1. August 7,50 M. Lohnsteigerung ohne entsprechende Kohlenpreiserhöhung getragen hat. Dazu kommt jetzt noch die durch Schiedspruch verhängte Lohnsteigerung von durchschnittlich 6,20 M. einschließlich Abschlag für Überproduktion, so daß die gesamte Lohnsteigerung durchschnittlich 13,70 M. je Schicht und Arbeiter beträgt. Die Lohnsteigerungen würden rationabel, weil die Versteuerung sich weiter verschärft hat und die Bergarbeiter hinter anderen Berufen teilweise aufzuteilen. Dieser unbalancierte Zustand hat sich entwidelt, weil die Regierung des Aufschlags zwar die Bergbauaufsichtsamt gebunden hat, in der Wirtschaft aber der Anarchie die Rücken liegen läßt. Wenn das so weiter geht, werden wir nicht zum Aufbau, sondern zum völligen Zusammenbruch kommen.

### Schwerindustrieller Krieg.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht ist der "Vorwärts" vom 20. Oktober einen Artikel, dem wir entnehmen:

„Die Hoffnungshütte in Oberhausen — ein als solide bekannte Unternehmen für Bergbau und Hüttenbetrieb, dessen Attribut sich aufzufinden in den Händen der Hanse ließ, befindet — arbeitete im Kriege für die Heeresversorgung, wie die übrige Schwerindustrie auch. Mit 20 Millionen Mark Umlauf war sie in den Krieg, der ja für die junge Schwerindustrie in der Hauptfrage ein Kampf um den Profit war. Den und brachte sie in den letzten Kriegsjahren 20 Proz. Das könnte vertreten werden. Diese Dividende wurde auch im Kriege bald wieder erreicht. Nach dem Jahresabschluß 1917/18 aber wurde ihr die Zolle zu eng. Man stand vor der Frage, wie man die wachsenden Gewinne unterteilen könnte. Da griff man dann in dem bekannten Mittel, die Dividenden äußerlich niedrig zu halten und

soforte aus Liebe zum Vaterlande den nosleidenden Altkunden für 10 Millionen Mark Gratifikation. So wurde die Dividende um sein Prozent höher, und doch wurde das eingezahlte Aktienkapital jetzt mit 27 Prozent vergrößert. Die Guichossungshütte war das einzige Non-anonyme Unternehmen, das sich so, da man damals den Ruf der Kapitalverwahrung verloren hatte.

Seit 1915 hat die Guichossungshütte für die Gesellschaft Epson geplante Stahlgeschäfte gearbeitet, später dannen leichte und schwere Waffen für Artilleriewaffen, fernere Vasseten, Geschützhörne und jegliches Kriegsmaterial. Die Preise waren so bemessen, daß d. Neuanschaffungen und Neubauten gleich voll mit einkalkuliert wurden, so daß es ein Fabrikationsrisiko nicht gab. Bis zum Kriegsende sammelten sich, wie auch großen Wertbauten, vor den Kriegsende hunderttausende von Geschossen, die vom Staat nicht abgenommen worden waren, weil sie bei der Qualitätsprüfung als unbrauchbar befunden wurden. Sie waren also Schrott!

Der Zusammenbruch kam. Viele Aufträge ließen nach, und die Preise beanspruchten damit Entschädigung. Diese Gelegenheit nahm die Guichossungshütte wahr, um neu noch die Schrotte in Leidende zu bringen: Sie drehte dem Staat die als unbrauchbar zurückgewiesenen Geschossen plötzlich als brauchbar an, ließ sich als vollwertig erachten und verkaufte sie wieder. Die Preise waren also wieder erhöht, während die Kosten der Verarbeitung herabgesunken waren.

Dieses Vierde, das sich über gern auf anderes Geschäft erfreute, ließ natürlich nicht gehemmt. Angeholt, die das Interesse des Volkes über das Betriebsinteresse aufzusetzen, je g. g. die Saat an. Eine Nachprüfung wurde in die Wege geleitet, die ergab: 1. daß die Guichossungshütte sich für ihre Leistungen übermäßig hohe Preise bezahlt haben lassen; 2. daß Unregelmäßigkeiten bei der Abgabe von Granaten festgestellt wurden



